



<b>Beschlussvorlage</b>	<b>Vorlagen-Nr.</b> 24/004/2026	<b>Erstellt am</b> 10.03.2026	
<b>Sachgebiet</b> 24 - Hochbau / Energie- und Gebäudemanagement	<b>Verfasser</b> Raithel, Thomas		
<b>Gremium</b> Kreisausschuss	<b>Datum</b> 13.04.2026	<b>Behandlung</b> öffentlich	<b>Zuständigkeit</b> Entscheidung
<b>Betreff</b> <b>Landratsamt Amberg-Sulzbach, Schlossgraben 3, Erweiterung der KFZ-Ladeinfrastruktur und Leistungserhöhung des Hausanschlusses</b>			

## Vorschlag zum Beschluss:

Der Kreisausschuss genehmigt die Planung und Bauausführung zur Erweiterung der Ladeinfrastruktur und der Leistungserhöhung des Hausanschlusses im Landratsamt Amberg-Sulzbach, Schloßgraben 3, mit Gesamtkosten in Höhe von etwa 377.500 €.

Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Haushaltsansätze in den zukünftigen Kreishaushalten einzuplanen.

## Vorlagebericht

### 1. Grundlagen

Es ist geplant, die Ladeinfrastruktur in der Carportanlage für Dienstfahrzeuge des Landratsamtes Amberg-Sulzbach, Schloßgraben 3, für die Anschaffung von zusätzlichen elektrischen Dienstwagen zu erweitern. Es sollen zukünftig insgesamt 6 Ladepunkte mit jeweils 11 kW und 1 Schnellladepunkt mit 100 kW verfügbar sein.

Der Hausanschluss für das gesamte Landratsamt hat aber aktuell nur eine maximale Leistung von 80 kW. Diese Leistung ist eigentlich nicht einmal für den Betrieb der Gebäude selbst ausreichend.

Bereits mit dem Leistungsbedarf der bestehenden Ladeinfrastruktur gab es Einschränkungen bei der Gleichzeitigkeit. Eine Leistungserhöhung des Hausanschlusses in der benötigten Höhe war aber von Seiten der Stadtwerke damals nicht möglich.

Der zukünftige zusätzliche Bedarf an Lademöglichkeiten ist nur mit einer Erhöhung der Anschlussleistung des Hausanschlusses umsetzbar. Diese Möglichkeit ist aktuell gegeben.

### 2. Bedarfsbeschreibung

Für die Errichtung der erweiterten Ladeinfrastruktur am Dienstgebäude des Landratsamts ist eine deutliche Erhöhung der derzeit verfügbaren elektrischen Anschlussleistung notwendig. Der

Gebäudekomplex wird aktuell mit einer maximalen Leistung von 80 kW versorgt, was für den vorgesehenen Betrieb mehrerer Ladepunkte für den steigenden Anteil dienstlich genutzter Elektrofahrzeuge nicht ausreicht.

Die Stadtwerke Amberg haben nach einer technischen Prüfung bestätigt, dass für das Dienstgebäude aktuell eine zusätzliche elektrische Anschlussleistung in Höhe von 175 kW bereitgestellt werden kann. Durch diese Leistungserweiterung erhöht sich der Gesamtanschlusswert des Landratsamts auf zukünftig 255 kW. Damit wird eine ausreichende Grundlage geschaffen, um sowohl die geplante Ladeinfrastruktur als auch mögliche zukünftige Leistungsbedarfe der Gebäude abzudecken.

Der allgemeine Strombedarf der Gebäude, der in den letzten Jahren enorm gestiegen ist, ist mit der vorhandenen Anschlussleistung in Höhe von 80 kW nicht abgedeckt. Es wurde festgestellt, dass allein die Gebäude bei Spitzenlast einen Leistungsbedarf von 90 kW haben. Hinsichtlich des zusätzlich geplanten Ausbaus der Elektromobilität ist es für die Zukunftssicherheit erforderlich, die Anschlussleistung des Hausanschlusses auf den aktuell maximal verfügbaren Wert zu ertüchtigen.

Um die höhere Anschlussleistung technisch aufnehmen und im Gebäudebestand verteilen zu können, ist eine umfassende Ertüchtigung des im Gebäude 3 (Zeughaus) befindlichen Hausanschlussraums erforderlich. Dies umfasst unter anderem die Anpassung der vorhandenen Schalt- und Verteiltechnik sowie die Herstellung der notwendigen Voraussetzungen für den Anschluss an die erweiterte Einspeiseleitung der Stadtwerke.

Darüber hinaus muss das interne Stromnetz des Landratsamtes erweitert werden, um die Leistung bis in das Gebäude 1 (Hauptgebäude) zu transportieren. Hierzu ist die Neuverlegung mehrerer leistungsfähiger Stromleitungen zwischen dem Hausanschlussraum in Gebäude 3 und dem Verteilerraum in Gebäude 1 erforderlich. Die Leitungsführung erfolgt dabei über den bestehenden Dükter unter der Vils.

Im Oktober 2025 wurde hierfür eine Machbarkeitsstudie einschließlich der Errichtung von E-Ladesäulen für Dienstfahrzeuge im nicht öffentlichen Bereich erstellt und die zugehörige Kostenschätzung aufgestellt.

Die Gesamtkosten für die hierfür erforderlichen Erschließungs-, Tiefbau- und Installationsarbeiten belaufen sich nach derzeitigem Planungsstand auf rund 210.000 €. In den Kosten enthalten sind sowohl die baulichen Maßnahmen im Bereich des Hausanschlussraums und der Leitungsverlegung als auch die elektrotechnische Anpassung und Erweiterung der bestehenden Infrastruktur. Diese Erschließungsmaßnahmen dienen der notwendigen Leistungserhöhung sowohl der Gebäude als auch der Ladeinfrastruktur.

Hinzu kommen Kosten in Höhe von 110.500 € für die Ladestationen selbst, wenn drei AC-Ladesäulen mit zusammen 6 Ladepunkten mit jeweils 11 kW und eine DC-Schnell-Ladesäule mit 100 kW für den Dienstwagen des Landrats neu errichtet werden.

Aktuell sind bereits 2 AC-Ladesäulen mit zusammen 4 Ladepunkten mit jeweils 11 kW vorhanden, die vor etwa 10 Jahren errichtet wurden. Diese können nach aktuellem Wissensstand jedoch nicht in ein Lademanagement eingebunden werden. Wenn auf ein Lademanagement verzichtet werden kann, können die Bestands-Ladesäulen weiterhin betrieben werden und die Kosten von 3x AC-Ladesäulen auf 1x AC-Ladesäule reduziert werden. Dadurch könnte sich eine Einsparung von ca. 26.000 € ergeben. Dies muss aber in der folgenden Entwurfs- bzw. Ausführungsplanung noch geprüft werden.

Die Beschaffung zusätzlicher elektrischer Dienstwagen ist eingeplant, für den Landrat wurde bereits ein elektrischer Dienstwagen mit entsprechender Fähigkeit zur Schnellladung angeschafft.

Die Möglichkeit den Dienstwagen des Landrats mit sehr hoher Leistung sehr schnell zu laden, gewährleistet die Einsatzfähigkeit eines Elektrofahrzeuges. Wenn das Fahrzeug beispielsweise eine 110 kWh Batterie hat, würde ein Ladevorgang mit einer 11 kW Ladesäule über 11 Stunden benötigen um die Batterie von 0-100% zu laden. Mit einer 100 kW DC-Schnellladestation beträgt der gleiche Ladevorgang nur etwa 1 Stunde.

### 3. Kostenschätzung

Im Zuge der Machbarkeitsstudie wurde auch die zugehörige Kostenschätzung erstellt. Es wurden folgende Kosten ermittelt:

Leistungserhöhung	ca. 17.000,- €
Elektroinstallation	ca. 193.000,- €
1x DC-Ladestation 100 kW	ca. 71.500,- €
3x AC-Ladesäulen (6 Ladepunkte á 11 kW)	ca. 39.000,- €
<u>Nebenkosten</u>	<u>ca. 57.000,- €</u>
 Gesamt	 <u>ca. 377.500,- €</u>

### 4. Förderung

Nach aktuellem Stand sind diese investiven Baukosten nicht förderfähig.

Die Anfrage bei der Kompetenzstelle Elektromobilität von „Bayern Innovativ“ ergab, dass aktuell nur entweder öffentliche Ladeinfrastruktur oder nicht öffentliche Ladeinfrastruktur im E-Straßengüterverkehr förderfähig sind.

Demnach gibt es für unsere nicht öffentliche Ladeinfrastruktur für Dienstfahrzeuge derzeit keine Fördermöglichkeit.

### 5. Terminplan

Die Ausführungsplanung, die Ausschreibung und die Vergabe erfolgen 2026.  
Ab Anfang 2027 bis Ende 2027 erfolgt die Bauausführung im laufenden Betrieb.